

Sonderdruck aus
Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
19 / 2012

Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 19 / 2012

Schwerpunktthema:

Globale Herausforderungen
für Europa

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011
- MUSICA PRO PACE 2011
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2011-2012

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. em. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Gabriele Parlmeyer,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tefvik Göktepe unter Verwendung eines Fotos von Jonathan Rashad:
»Rainbow on wall of Interior Ministry«, Graffiti von Omar Zeftawi, Kairo.

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche durch:

- die Oldenburgische Landesbank AG
- die Stadtwerke Osnabrück AG
- den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2012

© 2012 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0061-4

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011

<i>Männlichkeit, Ehre und Gewalt</i> Mit Ute Frevert, Gunnar Heinsohn und Yilmaz Atmaca	17
--	----

<i>Afrika – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Frieden und Demokratie?</i> Mit Neville Alexander und Klaus Töpfer	39
--	----

<i>Umbrüche in Ägypten und der arabischen Welt</i> Mit Helga Baumgarten, Cilja Harders und Taoufik Ben Amara	63
---	----

<i>Genug Brot für die Welt? Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ernährungskrise</i> Mit Bärbel Dieckmann, Uschi Eid und Jochen Flasbarth	87
---	----

<i>Europa sieht Deutschland: Polen und Deutsche in zwei Jahrzehnten neuer Freiheit</i> Von Irena Lipowicz	115
--	-----

<i>Idee und Realität Europas</i> Von Roman Herzog	125
--	-----

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2011**

Stefan Hanheide, Osnabrück

Musikalische Abbilder gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Zu Karl Amadeus Hartmanns 1. Symphonie (1935-36 / 1954-55)

und Anton Bruckners Messe e-Moll (1866). 137

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Julian Nida-Rümelin, München

Plädoyer für eine radikale Neuordnung der europäischen

Institutionen. 147

Henrik Uterwedde, Ludwigsburg / Osnabrück

Ein Europa, zwei Visionen? Deutsche und französische Leitbilder

der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 153

Ulrich Jan Schröder, Münster

Staatlichkeit ist kein Schicksal. Der deutsche Staat zwischen

Schicksals-, Werte- und Rechtsgemeinschaft 167

Rauf Ceylan, Osnabrück

Fundamentalismus, Islamismus und Dschihadismus als

antimodernistische Gegenentwürfe. 181

Roland Czada, Osnabrück

Sehnsucht nach Azania. Neville Alexanders Leben und Werk

für ein anti-rassistisches Südafrika. Ein Nachruf 193

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 205

Abbildungsnachweis 211



Prof. Dr. Ulrich Schneckener leitet das Friedensgespräch im Ratssitzungssaal

Umbrüche in Ägypten und der arabischen Welt

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 1. Juni 2011

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <i>Prof. Dr. Helga Baumgarten</i> | Professorin für Politikwissenschaft
an der Birzeit-Universität in
Ramallah / Palästina |
| <i>Prof. Dr. Cilja Harders</i> | Leiterin der Arbeitsstelle Politik
des Vorderen Orients am Otto-Suhr-
Institut für Politikwissenschaft der
Freien Universität Berlin |
| <i>Taoufik Ben Amara</i> | Entwicklungspolitischer Berater,
ehemaliger Koordinator des United
Nations Development Program
(UNDP) in mehreren nordafrikanischen
und arabischen Staaten |
| <i>Prof. Dr. Ulrich Schneckener</i> | Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung |

Ulrich Schneckener: Zu Beginn des Jahres 2011 haben viele Menschen in Europa die Ereignisse in Tunesien und Ägypten atemlos verfolgt. Mit großem Mut und Engagement nahm insbesondere die junge Generation in beiden Ländern ihr Schicksal in die Hand und ließ sich dabei nicht mehr von der Staatsmacht stoppen. Die alten Regime waren morsch geworden: Erst stürzte Präsident *Ben Ali* in Tunis und dann wenige Tage später sein Amtskollege *Mubarak* in Kairo – der ›arabische Frühling‹ begann. Schon vor dem Abtreten der alten Machthaber fanden sich Nachahmer in Algerien, im Jemen, in Syrien, in Bahrain und in Libyen. In der jemenitischen Hauptstadt Sanaa wurde gerufen: Sanaa grüßt das freie Tunis!

Rasch war im Westen von einer neuen ›Domino-Theorie‹ die Rede, derzufolge eines der arabischen Regime nach dem anderen kippen werde.

Wenige Monate später stellt sich das Bild differenzierter dar. Der Wandel ist ins Stocken geraten. Nicht nur treten jetzt in seinen Ausgangsländern Tunesien und Ägypten die postrevolutionären ›Mühen der Ebene‹ in den Vordergrund. Zu beklagen sind auch eine anhaltende, massive Unterdrückung der Opposition in Bahrain und Syrien, eine eskalierende Situation im Jemen und ein Krieg in Libyen. Hinzu kommen neue, ambivalente Entwicklungen im Nahostkonflikt. Ist aus dem ›arabischen Frühling‹ ein kalter, windiger Herbst geworden? Droht der *moment of opportunity*, von dem Obama sprach, ungenutzt zu verschwinden? Wir wollen dieses Friedensgespräch nutzen, um ein genaueres Bild von der Situation und den möglichen Folgen zu gewinnen.

Zum einen werden uns die Akteure und die Ursachen des Wandels bzw. dessen Blockierung beschäftigen: Wer ist in diesen Ländern eigentlich das ›revolutionäre Subjekt‹? Wer sind diese Akteure? Was wollen sie? Welche Chancen haben sie? Vor welchen Herausforderungen stehen sie, und wie weitreichend ist der Wandel?

Zum anderen interessieren uns mögliche regionale wie globale Auswirkungen der Veränderung. Das gilt insbesondere im Hinblick auf den Nahostkonflikt, aber auch hinsichtlich der gesamten regionalen Ordnung, die mit dem Sturz des Regimes Mubarak erheblich ins Wanken geraten ist.

Schließlich geht es um die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere Europas: Was kann und sollte Europa tun? Ist bisher angemessen reagiert worden? Was kann, was soll Deutschland tun? Welche Ansätze zur Kooperation gibt es und welche sollten ausgebaut werden? Und wie ist die Reaktion des Westens auf die Entwicklungen zu bewerten?

Cilja Harders: Ich möchte mit der Frage beginnen, was das Besondere an den arabischen Protesten ist und was sie auszeichnet. Ein bemerkenswertes Kennzeichen war, dass die Proteste alle Beobachter im In- und Ausland überraschten. Selbst die Initiatoren der ersten großen Demonstration am 25. Januar 2011 in Ägypten waren nicht darauf vorbereitet, was passierte. Sie waren selbst überrascht, als aus allen Stadtteilen Kairo Menschen in großer Zahl zum zentralen *Tahrir*-Platz kamen, dass ihre Strategie im Umgang mit der Polizei hilfreich war und dass sie so die Massen mobilisieren konnten. Das hatten sich die ägyptischen Aktivisten gewünscht, aber rechnen konnten sie damit nicht. Der 25. Januar war also kein kalkuliertes Datum für eine Revolution.

Dieses Überraschungsmoment zeigte sich auf vielen Ebenen – auch in der Politikwissenschaft, die auch den Umbruch in Osteuropa weder geahnt noch vermutet oder gar vorhergesagt hat. Ebenfalls überrascht, ja über-rumpelt wurden das Denken in den gängigen europäischen kulturalistischen Klischees und Stereotypen über die arabische Welt. Die aktuelle

Debatte in Deutschland über die mögliche oder unmögliche Koexistenz von Menschenrechten, Demokratie und unseren kulturellen Einstellungen zu Freiheit mit dem Islam beeinflusst unseren Blick auf Ägypten und Tunesien stark. Hinzu kommt unser unzureichendes Wissen über die bisherigen Verhältnisse in Ägypten und Tunesien. Dem entspricht, dass beide alten Regime nie ein Interesse an detaillierten Diskussionen über die Verhältnisse hinter der Fassade hatten. Mit den aktuellen Protesten wird nun vieles hinterfragt, was auch für uns als selbstverständlich galt. Hier liegt eine große Chance des Aufbruchs, und ich bin nicht so pessimistisch, bereits ›Herbstwinde‹ durchs Laub rauschen zu hören.

Untersucht man historisch, wie revolutionäre Prozesse verlaufen sind, zeigt sich, dass der Umbruch jeweils nur ein kurzer Moment der Geschichte war. Was folgte, war oft langwierig und häufig mit Rückschlägen und Konterrevolutionen verbunden. Die Aktivisten in Ägypten diskutieren momentan, ob eine Konterrevolution des Militärs droht. Man spricht dort von zwei Revolutionen: Die erste drängte Mubarak aus dem Amt. Die zweite Revolution steht noch aus, und es könnte sein, dass sie fünf Jahre oder länger dauert. Man macht sich in Ägypten darüber keine Illusionen und zeigt deswegen weniger Besorgnis, als bei uns zu bestehen scheint. Diesen Optimismus und Mut können wir durchaus teilen, sollten allerdings nicht naiv sein und kommende mögliche Probleme übersehen.

Was kennzeichnet die Umbrüche?

Erstens: Die ›Mauer der Angst‹ ist gefallen. Die Tunesier sind vorgegangen, und das bedeutete eine große Inspiration und Ermutigung für die ganze arabische Welt – auch für diejenigen, die weiter unter brutaler Gewalt zu leiden haben, oder für die Proteste in Algerien und Jordanien, wo es bisher keine Massenbewegungen gibt. Dies einem Domino-Effekt zuzuschreiben, wäre irreführend; die Ereignisse müssen in ihren unterschiedlichen Kontexten verstanden werden.

Wir erleben unterschiedliche Verläufe des Aufbegehrens, verbunden mit mehr oder weniger Gewalt. In den meisten Fällen geht diese Gewalt von den Staatsorganen aus. In Libyen dagegen hat sich die Opposition inzwischen bewaffnet und übt ebenfalls Gewalt aus. So zeigen sich in Libyen, Jemen, Ägypten, Tunesien sehr unterschiedliche Kontexte und Konfliktlinien, und auch daran ist vieles überraschend. Der Jemen z.B. wäre aus meiner Sicht – bedingt durch eine lange Geschichte von Bürgerkriegen und tiefen Spaltungen der Gesellschaft – nicht für das prädestiniert gewesen, was wir jetzt beobachten: nämlich den Versuch der Opposition, mit dem Regime einen Pakt über einen politischen Wandel auszuhandeln. Viele arabische Politikwissenschaftler sahen deshalb im Jemen einen Hoffnungsträger, jedenfalls so lange, bis Präsident *Ali Abdullah Salih* sich zum dritten Mal weigerte, einem Amtsverzicht zuzustimmen.

Zweitens: Die Revolutionen und Umbrüche in Arabien kommen nicht aus heiterem Himmel. In allen arabischen Staaten war in den letzten 10-15 Jahren eine starke politische Mobilisierung feststellbar, darunter die Anfänge organisierter Arbeiterbewegungen. Ägypten erlebte Streiks von Steuerbeamten, Verfassungsrichtern und Textil- und Industriearbeitern. Eine große zivilgesellschaftliche Bewegung versuchte bereits im Jahr 2005, Mubaraks Rücktritt zu erreichen. Im Lauf des letzten Jahrzehnts sind in allen arabischen Ländern neue politische Strukturen gewachsen, die häufig kleinteilig und lokal sind und deshalb von Beobachtern im Ausland übersehen wurden, und zwar auch deshalb, weil diese Bewegungen nicht gleich ganz ›große Politik‹ machten und einen Umsturz anstrebten, sondern z.B. den Schutz vor Folter zu ihrem Anliegen machten.

Somit ist es drittens auch verkehrt, den Aufbruch in Arabien als *Facebook-Revolution* zu bezeichnen. Zwar spielen E-Mail und Internet eine wichtige Rolle, aber auch die neuen Medien und besonders das private Fernsehen haben schon seit Jahren relevante Veränderungen angezeigt. Allerdings bin ich der Ansicht, dass der ›arabische Frühling‹ nicht schon 1990/91 hätte geschehen können. Das Ausmaß der Medienkontrolle der arabischen Regime war damals fast vollständig. Daran, dies zu ändern, hatte der Sender *Al-Dschasira* größten Anteil. Nach wenigen Tagen der Zurückhaltung entschloss sich Al-Dschasira-TV, die Revolution zur eigenen Sache zu machen, und stellte sich eindeutig dahinter. Das löste eine Debatte darüber aus, inwieweit Revolutionen auch *produziert* werden. Das Internet war sehr wichtig, aber nur in Kombination mit sozialen Netzwerken und Kontakten vor Ort. Auch in Syrien ist zu beobachten, dass man sich unter den Bedingungen brutaler Repression auf diesem Weg leichter zusammenschließen kann, als wenn man sich auf der Straße treffen muss. Allerdings können oppositionelle Gruppen im Netz auch von den Geheimdiensten ausspioniert werden. Das tunesische Regime tat dies, was wiederum weitere Jugendliche mobilisierte, die sich darüber empörten.

Worum geht es den Aufbegehrenden? Gefordert werden ›Brot‹, ›Würde‹, ›Freiheit‹, ›Abschaffung des Regimes‹ – es geht also um elementare Menschenrechte. Die ›Würde‹ ist ein zentraler Begriff dabei. In Ägypten verteilte man nach dem Rücktritt von Mubarak einen Flyer, der dies auf den Punkt bringt: »Erhebe dein Haupt, du bist Ägypter und du bist frei!«, heißt es darin. Das ist die Quintessenz dieser Revolution und zugleich das Revolutionäre. Aus politikwissenschaftlicher Sicht wurde in Ägypten bisher noch keine ›Revolution‹ vollbracht. Das Militär herrscht weiterhin. Anders als in Tunesien erkennen wir in Ägypten zwar eine politische Öffnung, aber keine Änderung des Systems. Die weitere Entwicklung ist offen. Aber die Menschen haben die eigene Kapazität erfahren, ihr Leben und die Politik in ihrem Land selbst zu bestimmen. Sie feierten auf dem

Tabrir im Februar 2011 das neue, freie Ägypten. Das ist vergleichbar mit dem, was die Deutschen 1989 erleben konnten. Auch damals ging es darum, dem Autoritarismus einen Freiheitswunsch entgegenzustellen.

Diese Forderung war die Basis für eine breite Koalition. So wurde es möglich, dass sich Menschen, die bis dahin politisch nicht übereinstimmten, in großer Zahl zusammenschlossen, um zu protestieren. Vereinzelte Akteure und zersplitterte Gruppen fanden zusammen und stellten sich, alte ideologische Gräben vergessend, hinter eine gemeinsame Forderung. Das ist einer der Gründe, warum es in Ägypten und Tunesien gelungen ist, die Regime



Cilja Harders

zu stürzen. Islamisten und Linke, Christen und Muslime waren einig in der Forderung, dass Mubarak bzw. Ben Ali abgesetzt werden müssen. Alles Weitere blieb offen.

Heute besteht die Chance, dass sich die Menschen in Tunesien und Ägypten die kollektive Erfahrung, ihr Leben und ihr politisches System selber gestalten zu wollen, nicht mehr aus den Händen nehmen lassen. In beiden Ländern gab es große Demonstrationen, um dem Militär weitere Konzessionen abzurufen. Solange dies friedlich auf dem Wege der Auseinandersetzung um Inhalte, Ziele und Formen geschieht, entspricht das dem, was Demokratie heißt. Diese Erfahrung ist für die Menschen elementar und ermutigt sie, für weitere Anliegen einzustehen und zu kämpfen.

Der Begriff ›Revolution‹, den auch viele Araber benutzten, um zu bezeichnen, was in ihrer Region geschieht, ist also aus politikwissenschaftlicher Sicht nicht ganz zutreffend. Aber als Programm, als Vision, als Beschreibung dessen, was nötig ist, um die lange Zeit des Autoritarismus äußerlich und innerlich zu überwinden, hat er eine große Bedeutung.

Das Erfolgsgeheimnis des ›arabischen Frühlings‹ ist, wie gesagt, eine breite Koalition von Akteuren. Dazu gehört die Jugendbewegung, in der sich lose Gruppen zusammenschließen, teils über das Internet organisiert. Sie stehen für Menschenrechte ein. Eine dieser Gruppen in Ägypten nannte sich »Wir sind alle *Khaled Said*«. Sie fand zusammen, nachdem dieser, ein junger Blogger und Besitzer eines Internet-Cafés, in Alexandria auf offener Straße von der Polizei zu Tode geprügelt wurde. Es zeigte sich, dass in autoritären Regimen keine Sicherheit und keine Gewähr für den Einzelnen bestehen. Sicher ist nur, dass die Gewalt jeden, der sich traut, etwas Kritisches zu veröffentlichen, an jedem Ort treffen kann. Khaled Said hatte gefilmt, wie Polizisten eben konfiszierte Drogen weiterverkauften, und dies veröffentlicht. Aktuelle Proteste richten sich deshalb auch gegen die Korruption im Land und gegen die herrschende Mischung aus Polizeigewalt, Repression und Oligarchisierung, und sie fordern eine bessere Art des Regierens. Die ägyptischen Autokraten haben immer Demokratie, Marktwirtschaft und die Liberalisierung der Wirtschaft verkündet. Die Privatisierungen erfolgten aber vor allem nach der ›russischen Variante‹: Wenige profitierten davon und saßen zugleich im Kabinett. Die Bereicherung der herrschenden Klasse in Zeiten steigender Nahrungsmittelkrisen fand vor aller Augen statt. Die neoliberale Wirtschaftsreform in einer Variante, die nur wenigen Menschen diente, enttäuschte viele und ließ Forderungen nach dem Einfrieren und Zurückholen der entstandenen Vermögen laut werden: Was die herrschenden Cliquen uns geraubt haben, sollen sie zurückgeben!, heißt es immer wieder.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Verhalten des Militärs. Das Militär hat in Ägypten, Syrien, Tunesien und Libyen ganz unterschiedliche Funktionen. In Ägypten ist es Teil des Herrschaftsapparats und ein wichtiger Wirtschaftsakteur. Warum schoss das ägyptische Militär nicht auf die Demonstranten, so wie es die syrische Armee tat? Die neoliberale ökonomische Reform, die in der Hauptsache den zehn wichtigsten Familien des Landes in die Taschen arbeitete, beeinträchtigte die ökonomischen Interessen des Militärs zunehmend. So war die Armee strikt dagegen, dass Mubarak seinen Sohn *Gamal* quasi im Weg der Erbfolge ins Regierungsamt bringt. Die Militärs wollten Gamal Mubarak nicht, und sie wollten nicht, dass die Oligarchen sich weiterhin an den Ressourcen bedienen. Das war ein zentrales Motiv dafür, nicht auf die Demonstranten zu schießen. Im Volk kursieren zwei Meinungen über das Militär: Eine These besagt, dass das Militär gefährlich bleibe und mit den Muslim-Brüdern paktieren werde, um der politischen Stabilität willen. Nach anderen Einschätzungen ist das Militär nicht bereit und in der Lage, auf die Veränderungen zu reagieren, und somit sei ein politisches Vakuum eingetreten. Die Militärs

hätten keine Strategie und wüssten nicht, wie das, was auf der Straße in Bewegung gekommen sei, einzufangen sei.

In Tunesien wird der Prozess des Wandels institutionell ganz anders und besser organisiert. Die Tunesier bereiten eine verfassungsgebende Versammlung vor, während in Ägypten sich der Eindruck verfestigt, dass das Militär vor Veränderungen zurückschreckt und weitermacht wie bisher. Dieses politische Vakuum ist ein Problem, da zugleich ein Vakuum an öffentlicher Sicherheit besteht, denn die Polizei arbeitet immer noch nicht richtig. Von den Akteuren des ›arabischen Frühlings‹ kann dieses Defizit nicht so schnell ausgeglichen werden, obgleich die politische Szene in Ägypten sehr vielfältig und aktiv ist. Alle sind dabei, sich um die Zukunft zu kümmern. Alle, die eine ›weiße Weste‹ haben, werden jetzt in Ägypten gebraucht.

Helga Baumgarten: Drei Aspekte unseres Themas möchte ich aufgreifen. Erstens: das Verhältnis des Westens – insbesondere Europas und Deutschlands – zur arabischen Region. Zweitens: die ökonomischen Ursachen der aktuellen revolutionären Ereignisse, dieser Rebellionen, dieser Versuche, die Region zu verändern. Drittens: die Auswirkungen all dessen auf den Nahostkonflikt, auf die Beziehungen zwischen Palästina und Israel.

In Deutschland und Europa wird oft übersehen, wie die Menschen in den arabischen Staaten den Westen wahrnehmen. Für jene, die in den letzten Monaten in diesen Ländern auf die Straße gegangen sind, ist der Westen für die permanente Möglichkeit der Unterdrückung durch autoritäre Systeme *mitverantwortlich*. Wenn Regenten wie Mubarak, Ben Ali und andere aus dem Westen nicht massive Unterstützung gehabt hätten, wäre eine Veränderung viel früher möglich gewesen.

Daran gekoppelt sind die Vorurteile über die Menschen in der Region, über die Araber, die nach wie vor im Westen virulent sind. Dementsprechend werden Araber im Westen in der Öffentlichkeit und oft auch von Spezialisten als autoritätsgläubig, fatalistisch, extremistisch, fundamentalistisch, gewaltbereit und gewaltversessen dargestellt. Araber begrüßen natürlich antiwestlichen Terror und verehren *Bin Laden*. Dieses Zerrbild haben die Ägypter und Tunesier inzwischen eindeutig widerlegt, sodass davon eigentlich nichts mehr übrig sein dürfte. Die Menschen in Ägypten, Tunesien, im Jemen, in Bahrain, Syrien, Marokko und Algerien sind auf die Straße gegangen – Hunderte, Tausende, Millionen –, friedlich, zivil, spontan organisiert, wohlgeordnet. Sie haben sich als mündige Bürger gezeigt, die ihre politischen Rechte und Menschenrechte einfordern. Damit sollten eigentlich alle Vorurteile gegenüber dieser Region erledigt sein.

Ohne die schwere ökonomische Krise allerdings, die in den arabischen Ländern anzutreffen ist, wäre das, was sich in den letzten Monaten ereig-

net hat, nicht möglich gewesen. Diese Krise ist ebenso wie die Proteste dagegen nicht neu. Sie hatte sich über Jahre hin entwickelt. Als ich mir Literatur über Tunesien anschaute, stieß ich auf einen Band junger tunesischer und französischer Autoren von 2002 mit dem Titel *La société contre le régime*. Angesichts des Coverbildes hätte man annehmen können, das Buch sei Anfang 2011 erschienen. Man sieht darauf eine große Demonstration, und ihr gegenüber stehen maskierte Geheimdienstleute. Die ökonomische Krise und besonders die extreme Armut als Folge des Neoliberalismus haben in diesen Ländern immer neue Streikbewegungen hervorgebracht. Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten gab es wiederholt Anstürme gegen die Regime und die herrschenden Verhältnisse. Ein junger linker Israeli, der letztes Jahr Ägypten besuchte, hat (im Gegensatz zu uns Politologen) prophezeit, dass »dort bald eine Revolution ausbrechen wird, denn die Verhältnisse sind untragbar«. Politologen haben untersucht, wie die autoritären Systeme funktionieren und wie sie an der Macht bleiben. Linke haben nach Möglichkeiten gesucht, um diese autoritären Systeme zu ändern. Es waren zuerst und vor allem junge Linke überall, die ein Gespür dafür entwickelt haben, dass sich dort bald etwas ändern muss.

Zur ökonomischen Entwicklung in Ägypten nur so viel: Der Anteil der Armen liegt bei über 40%. Ursache ist eine enorm hohe Arbeitslosigkeit, die vor allem unter Jugendlichen anzutreffen ist. Jugendliche machen in allen arabischen Gesellschaften mehr als 50% der Bevölkerung aus. Man findet extreme Armut direkt neben obszönem Reichtum. Hinzu kommen Neureiche, die auf einem Niveau leben und konkurrieren können mit jenen, die für gewöhnlich an der *Fifth Avenue* in New York einkaufen. Ihnen gegenüber stehen ägyptische Mitbürger, die sich kaum von einem Tag zum anderen ernähren können, obwohl sie hart arbeiten. Die Situation für die Menschen in der Region war verzweifelt: extreme Armut, Arbeitslosigkeit, keine Hoffnung auf Veränderung. Diese Zukunftslosigkeit führte dazu, dass viele junge Leute – zuerst in Tunesien und dann in Ägypten – selbst ihrem Leben ein Ende bereitet haben.

Die Veränderungen in der Kommunikationstechnologie, hauptsächlich die Verfügbarkeit von Mobiltelefonen, spielten eine herausragende Rolle bei den aktuellen Umbrüchen, weil sich so die Möglichkeit bot, erfolgreiche Massendemonstrationen zu organisieren. Von dem Massaker unter den Einwohnern in der syrischen Stadt Hama, das das Assad-Regime 1982 anrichtete, gab es seinerzeit kein einziges Foto, und selbst noch zu Zeiten des ›Damaszener Frühlings‹ 2001 lief die Kommunikation unter den Anhängern nur so, dass Zeitungen aus Beirut nach Damaskus geschmuggelt werden mussten, um neueste Informationen zu übermitteln. Heute gibt es in Ägypten 60 Mio. Mobiltelefone bei einer Zahl von 80 Mio. Einwohnern. Nimmt man das Satellitenfernsehen hinzu, lassen sich die heutigen,

ungeahnten Kommunikationsmöglichkeiten ermessen. Die Reporter von Al-Dschasira und der BBC, die im Gegensatz zu den Kollegen vom ZDF ständig vom Tahrir-Platz berichteten, boten echte *realtime information*. Man wusste genau, wo etwas passierte, und konnte entsprechend reagieren.

Wie sind die Demonstranten, die Revolutionäre, vorgegangen?

Das Entscheidende, ihre Absage an die Gewalt, wurde bereits erwähnt. Die Leute haben bewusst entschieden, nicht in die Falle zu gehen und Gegengewalt gegen die Regime anzuwenden, wobei sie absehbar den Kürzeren gezogen hätten. Sie wollten konsequent gewaltfrei gegen die Gewalt der Regime vorgehen.

Das Zweite – auch das war neu – war die Konzentration auf öffentliche Räume. Zentrale Plätze in verschiedenen Städten wurden zum Schauplatz der Revolution. Sie wurden vereinnahmt und bekamen symbolische Relevanz, bis überall in der arabischen Welt die Leute von ›ihrem‹ Tahrir-Platz sprachen. Es gibt in all diesen Bewegungen, bei allen Demonstrationen keine charismatischen Führungspersönlichkeiten. Auch das ist ein absoluter Bruch in der Geschichte der arabischen Welt. Anstelle von *Nasser*, *Sadat*, *Mubarak*, *Ben Ali*, *Arafat*, der *Assad*-Familie sehen wir die Bürger auf die Straße gehen, Forderungen aufstellen und ihr Programm verkünden. Und hier möchte ich die Verbindung zum Nahostkonflikt und zu den Palästinensern ziehen. Die Palästinenser argumentieren – durchaus zu Recht –, dass viele der jetzigen Veränderungen in gewisser Weise von ihnen schon vorweggenommen worden sind. 2006 sind die Palästinenser zur Urne gegangen wie demokratische Bürger. Sie haben ihre alte Regierung wegen Korruption, unklarer politischer Programmatik und einer schlechten Wirtschaftspolitik abgewählt. Sie wählten statt der *Fatah* die *Hamas*. Dabei entstand der Zusammenprall zwischen der Perzeption des Westens, der die Hamas bis heute nicht als Partner akzeptieren will, und den Bürgern vor Ort, die als mündige demokratische Bürger eine eigenständige, demokratische Entscheidung gefällt haben. Auch der erste Massenaufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung im Jahr 1987, der seinerzeit massiv zusammengeschlagen wurde, erhob sich mit friedlichen Mitteln gegen eine hochgerüstete Armee. Heute fühlen die Menschen in Tunesien, Ägypten, im Jemen, dass sie die Angst gebrochen und ihre Würde wiedererkämpft haben. All diese Dinge kann man auch in Liedern palästinensischer Liedermacher aus den Jahren 1987-1988 hören, denn das gab es in den palästinensischen Gebieten schon in dieser Zeit.

Wie wirkt sich die Entwicklung auf die Palästinenser aus? Unter ihnen gibt es ebenfalls eine *Facebook*-Generation, und sie haben einige Demonstrationen im ganzen Land organisiert. Die Forderung dabei war allerdings nicht: Stürzt das Regime! Vielmehr skandierten die Palästinenser: »Das Volk fordert das Ende der Spaltung«, nämlich der Spaltung zwischen

Fatah und Hamas, zwischen Westjordanland und dem Gazastreifen. In diesem Punkt waren die Demonstranten erfolgreich: Es gibt nun eine Einigung zwischen Fatah und Hamas, auf deren Basis eine neue Regierung gebildet werden soll.

Wie ist die Stellung des Westens zu diesem Schritt? Israels Premierminister *Netanjahu* hat bei einem Besuch in den USA den Palästinensern ein klares Ultimatum gestellt, speziell gerichtet an *Mahmud Abbas*, den PLO-Vorsitzenden und Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde: Entweder wird die Einheit mit der Hamas aufgegeben und mit Israel verhandelt oder es gibt keine weiteren Verhandlungen mit Israel. Damit ist wieder der Punkt erreicht, an dem der Westen, an dem Israel eingreift und den Palästinensern vor Ort nicht die Möglichkeit gibt, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden. Die Palästinenser im Gazastreifen leben seit vielen Jahren in einem regelrechten Gefängnis. Durch die Veränderungen in Ägypten ist nun der Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten offen. Jetzt können Menschen frei und ungehindert ein- und ausreisen. Ein Wermutstropfen ist allerdings, dass die für die Veränderungen in Ägypten maßgebliche Altersgruppe zwischen 18 und 40 Jahren von der Regelung ausgeschlossen ist. Deshalb hoffen die Palästinenser auf weitere Veränderungen in Ägypten.

Taoufik Ben Amara: Vielleicht klingt es merkwürdig, wenn ein 65-jähriger Tunesier über eine Revolution in seinem Land spricht, die hauptsächlich von jungen Leuten initiiert wurde. Aber ich war auch einmal jung und musste auf den Herbst meines Lebens warten, um einen politischen Frühling in meinem Heimatland zu erleben. Es ist nur dem Anschein nach so, dass in Tunesien die Jugend sich gegen die alte Generation erhebt. Tatsächlich war diese Erhebung eine Revolution gegen die Tyrannei – für die Freiheit, die Würde, die Demokratie und eine bessere Zukunft Tunesiens.

Die Ereignisse der letzten Monate haben nicht nur die Herrscher in Ägypten oder Tunesien überrascht, sondern auch die Strategen und Politiker der ganzen Welt. Sie haben sie in Verlegenheit gebracht. Unser Wortschatz wurde bereichert durch das Wort von der *Jasminrevolution*. Aber die Semantik ist nicht wichtig. Wichtig sind die Folgen für mein Heimatland, für die ganze Region, und die Konsequenzen für die internationalen Beziehungen. Ich bin stolz auf diese Revolution, obwohl ich nicht direkt dazu beigetragen habe. Natürlich bin ich emotional nicht neutral, sondern sehr bewegt. Dieses Gefühl haben die meisten Deutschen bei der Wiedervereinigung 1989 am eigenen Leib erlebt.

Vor dem 14. Januar 2011 kannte man Tunesien allgemein als ein ruhiges und preisgünstiges Urlaubsland, dem es angeblich wirtschaftlich nicht schlecht ging. Aber das scheinbar so glückliche und friedliche Land wurde über 50 Jahre von zwei Diktatoren mit verschiedenen politischen Profilen und unterschiedlicher Legitimität beherrscht. Der erste Präsident, *Habib Bourguiba*, regierte von 1957 bis 1987. Er war zwar ein Autokrat, aber er bezog seine Legitimität aus der Tatsache, dass er nach jahrzehntelangem Freiheitskampf Tunesien endlich in die Unabhängigkeit führte. Bourguiba, der Vater der Nation, war ein aufgeklärter Diktator, der grundlegende soziale und wirtschaftliche Reformen durchgeführt hat. Wie auch *Atatürk* hatte er die Vision, aus seinem rückständigen Land einen modernen Staat zu machen. Das ist ihm weitgehend gelungen. Beispielsweise ist die Stellung der Frau einzigartig in der arabischen Welt.



Taoufik Ben Amara

Leider herrschte Bourguiba mit einem Einparteiensystem und es gab bereits Signale für eine Unzufriedenheit, z.B. 1978 bei einem Generalstreik und mit dem Ruf nach autonomen Gewerkschaften. Dies führte zu blutigen sozialen Unruhen, zur Verhärtung des Regimes, Missachtung der Menschenrechte und Unterdrückung der Pressefreiheit. Gleichzeitig gab es Anzeichen für eine gesundheitliche Schwäche von Präsident Bourguiba. Die verschiedenen Fraktionen um ihn herum dachten schon an die Übernahme der Macht. Doch der damalige Ministerpräsident und gut ausgebildete Nachrichtendienstler *Ben Ali* kam ihnen zuvor und übernahm die Macht am 7. September 1987 ohne Blutvergießen. Bourguiba wurde ver-

haftet und für senil erklärt. In seiner Regierungserklärung vom 7. November 1987 hat Ben Ali dem Volk viel versprochen. Vor allem die Demokratisierung des Regimes, die Pressefreiheit und den Verzicht auf eine lebenslange Präsidentschaft. Keines dieser Versprechen hat er eingehalten. Trotz anfänglicher positiver Reformen konnten sich keine Zivilgesellschaft oder freie Parteien entwickeln. Dafür aber eine Diktatur, dominiert von Polizei, staatlicher Härte, Demagogie, Korruption und Nepotismus in der Wirtschaft und Verwaltung. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit besonders im wirtschaftlich weniger entwickelten Landesinnern wurde hartnäckig heruntergespielt.

Erste Anzeichen von Unzufriedenheit gab es in den 1990er-Jahren, z.B. schwere Unruhen im Süden des Landes und in Gafsa. Dies alles wegen Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit der Mehrheit der Bevölkerung, besonders der Jugend. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass Ben Ali das Jahr 2011 zum ›Jahr der Jugend‹ erklärt hatte. Nun brachte ihn diese Jugend zu Fall. Am 7. Dezember 2010 hatte sich ein junger Arbeitsloser namens *Mohammad Buasisi* verzweifelt mit Benzin übergossen und verbrannt, weil ein Polizist ihn geohrfeigt hatte. Sein Selbstmord löste eine Kettenreaktion aus, die Tunesien und allen arabischen Völkern neue Horizonte aufzeigte. In vielen arabischen Ländern erheben sich jetzt die Menschen gegen Autokraten, die sie teilweise seit Jahrzehnten beherrschen. Vor ein paar Monaten war das noch unvorstellbar. Tunesien kann sich mit dem Prädikat schmücken, die Freiheitsbewegung in der arabischen Welt angeführt zu haben. Mohammad Buasisi und die Jugend Tunesiens haben die Fesseln der Diktatur gebrochen.

Betrachtet man das Land und die damals herrschende Clique, zeigt sich, dass das Ausmaß der Korruption, des Personenkultes, der Willkür und der Falschinformation einen Umsturz unausweichlich machte. In den letzten Jahren des Ben Ali-Regimes verdichteten sich die Gründe für ein zunehmendes Gefühl der Unzufriedenheit. Die Medien waren zu bloßen Akklamationsinstrumenten des Regimes verkommen. Über Politik durfte nicht öffentlich gesprochen werden, es sei denn in der Form von Lobhudelei für den Präsidenten. Verwandte von Ben Ali, besonders der Clan seiner Frau, hatten die tunesische Wirtschaft mit einem Netz von Korruption durchzogen und sich schamlos bereichert. Die Selbstverbrennung Buasisis brachte das Fass zum Überlaufen.

Doch wie konnten sich die regional beschränkten Unruhen so schnell national und international ausbreiten, obwohl die Arbeit von Journalisten stark behindert wurde? Hier muss die Rolle des Internets und der sozialen Netzwerke wie *YouTube*, *Facebook* und *Twitter* berücksichtigt werden, vor allem die Geschwindigkeit ihrer Nachrichtenübermittlung. Der Sturz der Diktatoren beweist, dass das Internet nicht nur subversive Kraft hat,

sondern auch politische Macht. Traurig stimmt die Erkenntnis, dass sich die autokratischen Regime nicht nur wegen ihres polizeistaatlichen Charakters so lange an der Macht halten konnten, sondern weil sie von demokratischen Ländern in Europa und Amerika unterstützt und hofiert wurden. Einige dieser Länder agierten widersprüchlich im Spannungsfeld zwischen Demokratisierungsförderung und Interesse an politischer Stabilität. Man setzte mehr auf Stabilität und Sicherheit und ignorierte die Erwartungen der Völker. Von französischer Seite wurde dem Regime sogar Hilfe bei der Niederschlagung der Revolution angeboten.

Festzuhalten bleibt, dass die Tunesier sich ohne Hilfe von außen von ihrer Diktatur befreien konnten. Nun steht mein Heimatland – trotz aller Euphorie – vor enormen Herausforderungen. Das politische System muss total reformiert werden. Dazu gehören eine neue Verfassung, ein neues Wahlrecht, die Bildung von politischen Parteien – inzwischen gibt es über 80 Parteien in Tunesien –, freie Wahlen und eine konstituierende verfassungsgebende Versammlung. Genauso wichtig ist die Frage, wie man die Wirtschaft wieder in Schwung bringt und die Investoren beruhigt. Tunesien steht am Scheideweg zwischen Demokratie und Chaos – worauf eine neue Diktatur folgen könnte. Mein Land hat einige Schritte unternommen, um mit der Vergangenheit zu brechen und eine neue Ära zu beginnen. Die herrschende Partei Ben Alis wurde aufgelöst und verboten, seine korrupten Familienangehörigen größtenteils verhaftet. Die Besitztümer des Ex-Präsidenten und seines Gefolges wurden nationalisiert.

Trotzdem ist die Zukunft Tunesiens ungewiss. Die Etablierung eines demokratischen Systems braucht Zeit. Das Volk hat keine Erfahrung im Umgang mit diesem System, ebenso wenig wie die neu gegründeten Parteien. Die momentane Situation im Land ist geprägt von Demonstrationen und wilden Streiks. Die Gefahr besteht, dass Demagogen die Erwartungen des Volkes missbrauchen und den Weg für eine neue Diktatur ebnen. Im In- und Ausland fürchtet man, dass extrem orientierte Kräfte die Revolution pervertieren und nach ihrer Wahl die Demokratie wieder abschaffen.

Ob der demokratische Wandel in Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Ländern gelingt, hängt nicht nur von inneren Faktoren ab, sondern auch davon, wie glaubwürdig das Ausland sich bei der Umsetzung der universellen Prinzipien der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der Zusammenarbeit verhält. Diese Prinzipien sind nicht teilbar. Die arabischen Völker werden ihre neu gewonnene Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zweifellos dazu benutzen, gegen Fehlentwicklungen wie im Irak oder im Nahen Osten zu protestieren. Das werden Proteste sein, wie sie früher von den autokratischen Regimen unterbunden wurden.

Nicht zuletzt wegen der Migrationströme nach Italien ist man in Europa besorgt – vielleicht zu Recht. Investitionen in Tunesien und eine

größere Öffnung Europas für Güter aus den arabischen Ländern könnten dem Migrationsdruck durch die Schaffung von Arbeitsplätzen entgegenwirken. Die im Mai 2011 im französischen Deauville tagende G-8-Konferenz hat positive Schritte in diese Richtung eingeleitet.

In diesem Sinne möchte ich mit zwei hoffnungsvollen Zitaten enden. Aus Goethes 1819 erschienener Gedichtsammlung *West-östlicher Divan* stammen die Verse: »Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen, Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen«. Und unser tunesischer Nationaldichter *Abu al-Qasim asch-Schabbi* prophezeite im frühen 20. Jahrhundert: »Wenn eines Tages das Volk sich zum Leben entschließt, muss das Schicksal sich beugen. Die Nacht muss weichen und die Fesseln werden brechen«.

Der politische Frühling in der arabischen Welt ist eine Chance für Europa, die Araber, den Nahen Osten und die Grundrechte des Menschen – nutzen wir sie!

Ulrich Schneckener: Es kam zum Ausdruck, dass alle Länder des ›arabischen Frühlings‹, insbesondere Ägypten und Tunesien, vor enormen Herausforderungen stehen. In Bezug auf die Umwälzungen in Osteuropa vor zwei Jahrzehnten sprach der Soziologe *Claus Offe* einmal von einem *Dilemma der Gleichzeitigkeit*¹ und meinte damit das Problem, dass Dinge gleichermaßen dringlich sind, insbesondere die politische und ökonomische Transformation. Diese Betrachtung fand nach dem Zusammenbruch des Ostblocks vor dem Hintergrund geklärter Machtfragen statt. Aber genau das scheint in Ägypten, Tunesien und anderen Ländern, in denen die Konkurrenz um die Macht unentschieden ist, noch keineswegs der Fall zu sein. Die erste Herausforderung ist das Ringen um politische Macht, das in veränderten Verfassungen kodifiziert werden muss. Die zweite Herausforderung ist die Frage der gesamten sozioökonomischen Entwicklung. Die dritte Herausforderung ist die Frage des Staates, der Staatsorganisation und des Staatsaufbaus. Das alles muss gleichzeitig erfolgen.

Welche Chancen, Möglichkeiten, Wege gibt es da?

Cilja Harders: Wir erleben im ›arabischen Frühling‹ Reaktionen auf Krisen auf verschiedenen Ebenen. Alle diese Krisen berühren die Legitimität der Herrschaft. Dazu gehört auch die Ökonomie, allerdings existieren die großen Unterschiede zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen den verschiedenen arabischen Ländern schon seit längerer Zeit, ohne dass diese Missverhältnisse bisher zu Revolutionen geführt hätten. Es gibt ein großes Maß an Armut auf der Welt, aber nicht annähernd so viele Revolutionen, wie nötig wären, um diese zu bekämpfen. Dafür müssten mehrere Dinge zusammenkommen. Wie sich dies im Einzelnen vollzieht und an welchem

Punkt die Verhältnisse kippen, ist schwer vorherzusehen und abhängig vom historisch-politischen Kontext. Natürlich spielen neue Medien eine Rolle, denn das Reisen von Protestformen, Strategien und Slogans, um Massen zu erreichen, wäre ohne sie kaum möglich. Gibt es das Dilemma der Gleichzeitigkeit? Ja und nein. In Ägypten ist man sich m.E. klar über die Komplexität der Herausforderungen. Niemand hat den Ägyptern versprochen, dass es ihnen schon morgen gut gehen wird. Erst einmal geht es darum, zu beenden, was jahrelang schlecht war. Weder Linke noch Rechte, weder die Muslimbrüder noch die Menschen in den Armutsvierteln meinen, dass morgen alles besser wird. Das Gegenteil scheint der Fall, z.B. weil die Touristen wegbleiben. Tourismus ist in Ägypten wie in Tunesien ein wichtiger Wirtschaftssektor. Wie eine wirtschaftliche und politische Stresssituation wirkt, hängt auch mit den Erwartungen der Menschen zusammen. Den Menschen ist klar, dass die wirtschaftlichen Probleme sehr tief greifend sind und es keine einfachen Antworten gibt.

Problematisch ist in Ägypten derzeit das Sicherheitsvakuum. Die Polizei hat ihren Dienst weitgehend eingestellt, Polizisten aller Dienstränge haben Angst, auf die Straßen zu gehen. Ihre Gesichter sind allen bekannt, die Repressalien und Gewalt erfahren haben und womöglich gefoltert wurden. Das Militär kann und will die Rolle der Polizei nicht erfüllen. So finden auch Demonstrationen mit bis zu einer Million Leuten auf dem Tahir-Platz ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen statt. Die Menschen wünschen sich aber an dieser Stelle funktionierende Institutionen. Zugleich ist klar, dass die Demokratisierung eines repressiven, autoritären Sicherheitsapparates eine komplizierte Aufgabe ist. Das erfordert vielleicht auch Amnestien an bestimmten Stellen, die für die Zukunft eines Landes sehr problematisch sind. Hier müsste man schnell eine Lösung finden.

Helga Baumgarten: Das Problem der Gleichzeitigkeit hat auch mein ehemaliger Fakultätskollege in Birzeit und jetziger Korrespondent von Al-Dschasira *Azmi Bishara* angesprochen. Alle jene, die demonstriert haben, so meinte er, beanspruchen zu Recht eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation. Aber ökonomische Veränderungen brauchen ihre Zeit, und bevor ihr Einfluss auf das tägliche Leben spürbar werde, sei eine lange Durststrecke zu überstehen. Politische Veränderungen gingen nicht unbedingt Hand in Hand mit der Ökonomie und sie müssten weitreichend genug sein, damit auch tiefgreifende ökonomische Veränderungen möglich werden. Man hat das also immer angesprochen und ist sich der Situation bewusst. Aber wir sollten wahrnehmen, dass ägyptische Arbeiter, die unter unvorstellbar miserablen Bedingungen arbeiten müssen und damit kaum ihren Lebensunterhalt verdienen können, weiterhin demonstrieren und

auch schnelle Erfolge erwarten. Widersprüche dieser Art sind heute in allen arabischen Staaten feststellbar.

Zunächst geht es darum, wer die politische Macht verteidigen bzw. erobert wird. Wie wird sich das System verändern? Wird die Armee zurück in die Kasernen gehen? Wird es Verfassungen geben, die eine wirklich demokratische Entwicklung ermöglichen? Wie wird sich das Wirtschaftssystem verändern? Und welchen Einfluss wird der Westen nehmen? In welche Richtung wird der Westen Unterstützung liefern oder Druck ausüben? Diese Fragen lassen sich heute nicht beantworten.

Ulrich Schneckener: Herr Ben Amara, wer hat in Tunesien die Revolutionen getragen? In der politischen Theorie geht man davon aus, dass es die Mittelschichten waren. In Ägypten wie in Tunesien konnte man zudem sehen, dass die Bewegungen städtisch dominiert waren. Wie steht es heute und künftig um das Verhältnis zwischen Stadt und Land? Gibt es dort unterschiedliche Zielsetzungen? Einerseits wird die Forderung nach einer Basisversorgung und allgemein verbesserten Existenzbedingungen erhoben, andererseits erkennen wir die Aufwärtsmobilität der Mittelschichten und den Wunsch nach schnellem sozialem Aufstieg.

Taoufik Ben Amara: Mohammad Buasisi, der sich verbrannt hat, stand am Anfang der Revolution, war aber nicht ihr Hauptgrund. Ungerechtigkeiten und Korruption haben sich über Jahre aufgestaut. Vielleicht haben die Leute auf diese Geste eines jungen Arbeitslosen mit einem Universitätsabschluss gewartet. In Tunesien schwanken die Zahlen zur Arbeitslosigkeit zwischen 9% und 32%, wobei hier auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land eingehen. Früher bekam Tunesien regelmäßig Lob beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos, von der Weltbank, vom Internationalen Währungsfonds. Wenn man nach Tunesien kommt, wird man sicher sagen, dass es ein traumhaftes Land ist. Schaut man aber in die Ecken im Süden, im Osten und Westen, sieht man die Probleme. Schuld daran ist eine falsche Entwicklungspolitik, nicht nur in Tunesien, sondern auch in den meisten anderen Entwicklungsländern. Man hat die Hilfen auf Hauptstädte und größere Städte konzentriert. Geht man aber in die Dörfer, vermisst man, was es hier in Deutschland überall gibt: ein Krankenhaus, eine Post. Die Konsequenz war, dass auch die Regierung um Ben Ali nur das Schöne gezeigt hat.

Unter den politischen Prioritäten ist heute vorrangig die innere Sicherheit zu nennen, wichtig sowohl für Investoren als auch für das Volk. In Tunesien fehlen starke staatliche Institutionen. Das Volk wird durch Wahlen bestimmen, wer die Regierungsgewalt übernehmen soll. Wir haben 80 Parteien in Tunesien, die nicht alle im Parlament vertreten sein

werden. Sie werden entweder koalieren oder verschwinden, wenn sie kein Programm haben. Das Volk möchte vor allem gern Arbeitsplätze haben und die Gleichheit zwischen Frau und Mann bestehen lassen. Selbst die Islamisten haben gesagt, dass sie diese Gleichheit nicht infrage stellen wollen.

Eine bessere Zukunft für Tunesien, Ägypten und die anderen Länder muss vom Volk selbst bestimmt werden, wobei das Ausland unbedingt helfen sollte. Auch Deutschland hätte sich nach dem Zweiten Weltkrieg ohne den Marshallplan nicht so schnell entwickeln können, wie es dies tat. Man muss den jungen Demokratien allerdings nicht nur materiell helfen, sondern auch politisch.

Ulrich Schneckener: Es war immer ungenau, allgemein von ›der arabischen Welt‹ zu sprechen. Nun haben wir einen deutlichen Ausdifferenzierungsprozess. Wie wird sich die Statik in der gesamten Region verändern? Und was bedeutet das für die Zusammenarbeit mit Europa? Wie muss Europa auf diese neue Statik eingehen? Und wie beurteilen Sie die bisherigen europäischen Reaktionen auf die Umbrüche?

Helga Baumgarten: Auf der weltpolitischen Ebene hat sich wohl weniger verändert, als wir und die Menschen in der Region gerne sehen würden. *Kenneth Waltz* von der Harvard University sagte nach dem Umbruch in Tunesien, dass die dortigen Ereignisse im Ansatz revolutionär seien. Aber die autoritären Herrscher in der Region würden sich schnell auf diese Herausforderungen einstellen. Deshalb sei zu erwarten, dass nach Tunesien nichts weiter passieren werde. Eine Woche später ging es in Ägypten los und Waltz räumte ein, dass er sich offensichtlich geirrt habe: Die autoritären Regime hätten sich doch nicht so schnell auf diese Herausforderungen einstellen können. Inzwischen, so meine ich, ist dies aber geschehen. Am deutlichsten können wir das sehen in Bahrain, einem Ort, über den sehr wenig in der Presse steht und in Diskussionen geredet wird. Auch dort gab es eine revolutionäre Bewegung. Sie wurde von den autoritären Herrschern niedergeschlagen, mit Unterstützung der Golfstaaten und jordanischer Armeekräfte, die in saudischen Uniformen auftraten, und zwar mit offensichtlicher Duldung des Westens. Man spricht davon, dass das Regime in Bahrain sich damit gegen eine Herausforderung des Irans gewehrt habe, und vergisst, dass es Einheimische waren, die für ihre Freiheit demonstrieren. Libyen dagegen bombardieren NATO-Flugzeuge mit der Zielsetzung, dort ein demokratisches Aufbegehren der Bevölkerung schützen zu wollen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die alten Regime in der Region versuchen, ihre Macht verstärkt gegen die Demonstranten einzusetzen und dabei Unterstützung aus dem Westen bekommen – mit Ausnahme des Jemen. Gestützt werden solche Kräfte, die keine demokratische Veränderung wollen. Bahrein ist vereinnahmt, in Libyen wird in einer Art und Weise agiert, die das Prinzip der ›humanitären Intervention‹ massiv infrage stellt: Mit Bombardements kann man keine demokratischen Veränderungen herbeiführen.

Die Rechnung müssen am Ende die Menschen vor Ort bezahlen. Somit sind auch die regionalen Veränderungen geringer, als vielfach angenommen wird.

Die Menschen in den arabischen Ländern, und dies lässt sich auch aus palästinensischer Sicht so sagen, würden sich stattdessen vom Westen und speziell aus Europa mehr Engagement für ihre Belange wünschen und weniger Unterstützung für die alten Regime. In Ägypten ist noch lange keine echte Veränderung bewerkstelligt, und schon erhält das



Helga Baumgarten

dortige Übergangsregime wieder starke Unterstützung, jüngst auch vom G-8-Gipfel. Der gleiche G-8-Gipfel weigert sich aber, eine Erklärung abzugeben, in der Israel aufgefordert wird, mit den Palästinensern über einen Friedensschluss auf der Basis der Grenzen von 1967 zu verhandeln. Kanada legte unter Druck der israelischen Regierung sein Veto dagegen ein, die Grenzen von 1967 überhaupt zu erwähnen, obgleich diese Grenzen in einer UN-Resolution von 1967 als international rechtlich gültig

niedergelegt sind. Die widersprüchliche Haltung des Westens ist also unübersehbar.

Palästinensische Demonstranten werden am 5. Juni 2011 wieder überall in den palästinensischen Gebieten demonstrieren – im Westjordanland, in Jerusalem, im Gazastreifen. Und auch an der israelisch-libanesischen und israelisch-syrischen Grenze sind Demonstrationen zu erwarten. Dort werden Flüchtlinge, die 1948 vertrieben wurden, demonstrieren, dass auch sie Rechte beanspruchen – vor allem das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat.

Ulrich Schneckener: Der Westen macht demnach vieles falsch. Kann man denn überhaupt etwas richtig machen? Herr Ben Amara, was müsste aus Ihrer Sicht geschehen?

Taoufik Ben Amara: Als ehemaliger UN-Beamter bin ich sehr von den Prinzipien der UN-Charta überzeugt. Darin ist schon alles formuliert, was gemacht werden sollte. Wenn wir über den Nahen Osten sprechen, möchte ich daran erinnern, dass schon 1965 aus Tunesien der Vorschlag einer Zwei-Staaten-Lösung kam. Man muss wirklich eine Lösung für den Nahen Osten finden, je schneller, desto besser. Europa ist diesen Ländern sehr nah. Seit 2008 gibt es die in Paris gegründete *Union für das Mittelmeer*, eine Gemeinschaft zwischen den Mitgliedstaaten der EU, den Mittelmeeranrainerstaaten sowie den an diese angrenzenden Staaten Mauretanien und Jordanien. Zuvor gab es die 1995 vereinbarte *Euro-mediterrane Partnerschaft* (EUROMED), den sogenannten Barcelona-Prozess. Dahinter stand allerdings kein starker politischer Wille und nur wenig finanzielles Engagement. Dieser Prozess verlief sehr schleppend.

Ich persönlich glaube und bin sicher, dass, wenn Europa eine klare Position beziehen würde, Israel eine Zwei-Staaten-Lösung mittragen wird, denn auch Israel hat Interesse am Frieden. Israel hat über die arabischen Länder immer gesagt, dass diese keinen Frieden wollen. Dann kam der Vorschlag, dass alle arabischen Länder Israel anerkennen werden. Was will man noch? Europa hat die Mittel dazu, diesen Vorschlag zu unterstützen – und nicht nur die moralischen Mittel. Hier Fortschritte zu erzielen, wäre besser gewesen, als 30 Jahre Mubarak und 23 Jahre Ben Ali zu unterstützen.

Noch ein Wort zu den ›Migrationsströmen‹: nach Tunesien kamen in der aktuellen, schwierigen Situation über 300.000 Flüchtlinge. Eine enorme Belastung für ein Land, das nicht einmal genug Mittel für sein eigenes Volk hat! Die Migranten würden aber kaum ihre Heimatländer verlassen, wenn dort investiert würde und Arbeitsplätze geschaffen würden. Damit ließen sich zwei Probleme lösen: die Emigration würde beendet und außerdem würden die Leute zu Demokraten, wenn sie etwas zu Essen haben.

Cilja Harders: Mit den Inhalten und den Institutionen der Euro-mediterranen Partnerschaft kann man kaum zufrieden sein. Im Prinzip ist der Gedanke ja richtig, dass Europa und der Mittelmeerraum einen einheitlichen Raum von Freiheit, Wohlstand und Entwicklung bilden. Um das zu erreichen, kann man Verträge schließen. Kriege wie der 2003 gegen den Irak *Saddam Husseins* eröffnete Krieg oder die Stellvertreterkriege während des Kalten Krieges, in denen Demokratie mit der Waffe verbreitet werden sollte, sind keine Handlungsoption. Im Irak scheitert eine solche Politik ebenso wie zuvor woanders. Nur eine europäische Außenpolitik, die die Außenbeziehungen verrechtlicht und über Institutionen entwickelt, bietet Aussicht auf Erfolg, auch wenn man sich seine Verhandlungspartner nicht aussuchen kann. Schwer erträglich ist jedoch, mit welcher Bigotterie Europa einerseits die Menschenrechte proklamiert und andererseits viel Geld an Diktaturen austeilte. Die Europäer haben jedoch auch in den letzten 15 Jahren ein euro-mediterranes Menschenrechtsnetzwerk gefördert, das eine wichtige Rolle für die Vernetzung von Zivilgesellschaft spielt. Ob die Aktivisten vor Ort, die davon profitierten, heute sagen würden, dass dieses Geld falsch investiert war? Ich denke nicht.

Dafür gibt es Handlungsalternativen in allen Bereichen unserer eigenen Innenpolitik und in der Gestaltung Europas. Ich denke an unsere Agrar- und Migrationspolitik, die Frage der möglichen Antwort auf den demografischen Wandel in Europa, das Problem von Rassismus und Abwehr von Einwanderung und Multikulturalität. Hier können wir alle etwas tun. Das heißt, wir müssen nach Berlin und Paris schauen, nicht nach Kairo. Wir sollten weniger der Brüsseler Bürokratie vertrauen, als den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Leider gibt es noch nicht sehr viele positive Zeichen, was mit unseren Rassismen und Stereotypen zu tun hat. Warum hat die europäische Friedensbewegung nicht gleich ein ›Tahrir-Solidaritätscamp‹ veranstaltet? Wir haben offenbar weiterhin ein grundsätzliches Problem damit, unser ideologisches Konzept von Muslimen und Islam so infrage gestellt zu sehen, wie es der ›arabische Frühling‹ tut.

Publikum: Die Verhältnisse in den arabischen Staaten erscheinen im Vergleich doch recht homogen. Die Völker unterscheiden sich kaum, es gibt reiche Oberschichten, aus denen auch das Regierungspersonal hervorgeht. Überall gibt es hohe Arbeitslosigkeit und einen großen Anteil junger Menschen, die nicht wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Überdies sind die Menschen durch ihre Religion geeint, sofern man noch gläubig ist, und spricht die gleiche Sprache. Ausgerechnet im hochgerüsteten Ägypten und in Tunesien, das einer starken Armee hat, ist es gelungen, ohne großes Blutvergießen eine Revolution herbeizuführen. Warum erscheint das bisher für Syrien, Bahrain, Saudi-Arabien oder Libyen unmöglich?

Cilja Harders: Die Situation in Syrien ist dramatisch und bestürzend. Die Gewalt des Militärs ist dort umfassend und richtet sich gegen alle – Männer, Frauen, Kinder, Alt und Jung. In Syrien zeigt sich auch die Interessenpolitik Europas. Es ist jetzt offenbar ein historischer Moment, in dem alle Syrien umgebenden Staaten, einschließlich der Europäer und Amerikaner, es für opportun halten, *Baschar al-Assad* an der Macht zu halten. Ich war gegen die Intervention in Libyen und bin auch gegen ein Eingreifen in Syrien, aber man kann es wirklich kaum mit ansehen, wie die Menschen massakriert werden. Die Gewalt ist soweit eskaliert, dass man sich fragt, ob mit diplomatischen Mitteln noch etwas zu erreichen ist. Ich würde diesen Weg bevorzugen und bin davon überzeugt, dass noch nicht alle Mittel ausgeschöpft sind. In der Politik der Nachbarländer kann man gute und traurige Gründe dafür finden, dass man den Syrern zumutet, diesen Preis für eine Stabilität zu bezahlen, die der Friedhofsruhe im Iran nach 2009 gleichkommt. Auf mittlere Sicht wird sich aber Assad nicht halten.

Taoufik Ben Amara: Zu den Unterschieden zwischen den arabischen Ländern zählen z.B. die Stellung der Armee und ihre Rolle in den aktuellen Umbrüchen. In Tunesien wurde der Armeechef von Ben Ali gefragt, ob er gegebenenfalls auf das Volk schießen würde. Das lehnte dieser ab. Die Armee stand an der Seite des Volkes und stellte Ben Ali vor die Alternative, ins Exil zu gehen oder im Land zu sterben. In den anderen Ländern, auch in Syrien, steht die Armee größtenteils auf der Seite des Regimes. In Libyen ist die Hälfte aufseiten Gaddafis.

Der Westen zeigt in seiner Politik manchmal eine Doppelmoral. Wir lernten Politik anhand der Schriften von *Rousseau*, *Voltaire* und *Kant*. Danach merkten wir, dass die darin vertretenen Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit von den Politikern nicht beachtet werden. Ein Politiker hat gesagt, er habe gar nicht gewusst, dass es ein so großes Maß an Korruption in Tunesien gegeben habe. Dabei hätte er es wissen müssen, denn die Konten von Ben Ali waren nicht in Tunesien, sondern im Ausland.

Syrien ist geopolitisch sehr sensibel. Nicht nur Mubarak, auch Assad wurde von Israel unterstützt. Seit 30 Jahren ist es an der Grenze ruhig und von den Golan-Höhen ist kein Schuss mehr gefallen. Warum sollte man daran etwas ändern?

Helga Baumgarten: Im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten begannen die Unruhen in Syrien auf dem Land. Damaskus und Aleppo blieben ruhig. Eine Grund dafür liegt in der ökonomischen Entwicklung: Die Verarmung auf dem Land ist in Syrien enorm, in den großen Städten ist die Situation für die Menschen erträglicher. Die syrischen Oppositionellen waren anfangs bestrebt, das Regime zu friedlichen Veränderungen zu bewegen.

Assad hat nicht nur Unterstützung aus dem Ausland; auch Oppositionsgruppen im Innern wollten Veränderungen durch Verhandlungen mit Assad erreichen. Inzwischen hat das Regime Assad eine Chance nach der anderen für graduelle Veränderungen verspielt. Oppositionelle Kreise in Damaskus sind der Ansicht, dass das Regime auch unabhängig von der Haltung des Auslands fallen wird, wenn es keine grundlegenden Reformen vornimmt. Alle Angebote von Assad in diese Richtung kamen und kommen zu spät. Aus innenpolitischer Sicht steht Syrien an dem Punkt, an dem das Regime fallen könnte.

Publikum: Einerseits haben wir Sympathie für die Bewegung des ›arabischen Frühlings‹ und für den Freiheitsdrang der Menschen. Auf der anderen Seite müssen wir das Chaos mangelnder Sicherheit in den arabischen Staaten befürchten, und dass es nicht gelingt, Regierungen zu etablieren, die dem Wunsch der Bürger nach Gleichheit und Arbeit entsprechen. Können islamische Extremisten die Situation ausnutzen?

Publikum: Warum entstehen nicht auch in Jordanien und Palästina ›Jasminrevolutionen‹ wie in Tunesien? In Palästina lässt wohl die israelische Besatzung eine solche Revolution nicht zu. In Jordanien ist wohl die ökonomische Krise noch nicht so weit ...

Publikum: Wie können nach den erfolgreichen Umwälzungen die ökonomischen Probleme bewältigt werden? Stehen dafür nicht nur neoliberale Rezepte zur Verfügung?

Cilja Harders: Was die ökonomische Entwicklung in den Ländern Arabiens angeht, kann man durchaus zuversichtlich sein. Im Gegensatz zum Umbau im ehemaligen Ostblock, wo das Wirtschaftssystem komplett verändert werden musste, gibt es in den arabischen Staaten bereits kapitalistische Wirtschaften. Sie sind zwar oligarchisch organisiert und haben Probleme mit Korruption und *bad governance*, wie ausländische Investoren beklagen. Aber das lässt sich durch politische Veränderungen beheben.

Ein Chaos ist nicht zu befürchten. Die Menschen vor Ort wissen, dass Freiheit ihren Preis hat und dass sie sich in einer Umbruchphase befinden. Sie sind sehr aktiv, bilden Parteien und versuchen, die Institutionen des Übergangs aufzubauen. Was der Westen tun wird, wenn die Muslimbruderschaft über eine Mehrheit im ägyptischen Parlament verfügt, ist schwer abzuschätzen. Doch dürfte inzwischen auch im Westen klar geworden sein, dass es zwischen den Muslimbrüdern in Ägypten und etwa der Hisbollah im Libanon große politische Unterschiede gibt. Die Muslimbrüder sind eine breite, in sich gesplante Bewegung.

Helga Baumgarten: Auch in Jordanien und Palästina ist kein ökonomischer Mechanismus erkennbar, der aus der bestehenden ökonomischen Krisensituation auf den bevorstehenden Beginn einer Revolution schließen ließe. Jordanien erlebt zwar eine ernste ökonomische Krise, aber das herrschende autoritäre Regime funktioniert unangefochten, ähnlich wie das Königtum in Marokko. Bei diesen *neopatrimonialen Systemen*, wie es Politologen bezeichnen, handelt es sich um Regime, die sich ihrem Volk gegenüber einerseits väterlich-fürsorglich präsentieren und andererseits die obrigkeitliche ›Pflicht‹ wahrnehmen, mit repressiven Mitteln ›Ordnung‹ zu halten. In Jordanien wie in Marokko funktioniert das sehr ähnlich; man macht einzelne Zugeständnisse, aber im Endeffekt hat das autoritäre Regime Bestand.

In Palästina ist es nicht nur die israelische Besatzung, die verhindert, dass dort große Demonstrationen stattfinden. Auch die palästinensische Autonomiebehörde mit ihrer Polizei und ihrem Geheimdienst in Ramallah ähnlich wie die Regierung der Hamas im Gazastreifen – ebenfalls mit eigener Polizei und Geheimdienst – verhindern dies. Einige meiner Studierenden, die Solidaritätsdemonstrationen mit Tunis organisieren wollten, wurden vom palästinensischen Geheimdienst einbestellt und stundenlang festgehalten. Einer von ihnen musste tagelang immer wieder für Stunden zum Geheimdienst, wo alle möglichen Repressalien angedroht wurden. Hier spielen israelische Besatzung und Regime zusammen. Eine Chance, die jetzt vielleicht demokratisches Potenzial bringen könnte, ist die Einigung von Hamas und Fatah. Die *Hamas* ist eine Organisation, die aus der Bewegung der Muslimbruderschaften entstanden ist. Die ägyptischen Muslimbrüder haben aus der Erfahrung der Hamas gelernt. Sie lehnen es bis heute ab, überhaupt die Chance zu ergreifen, bei Wahlen in Ägypten die Mehrheit zu erringen. Das Beispiel der Hamas hat ihnen gezeigt, dass, wenn eine Partei der Muslimbrüder durch demokratische Wahlen an die Macht kommt, sie von außen nicht anerkannt wird. Die bessere Strategie ist deshalb, eine große Minderheit im Parlament zu werden und so eine politische Rolle zu spielen, ohne die Macht anzustreben. Man muss allerdings die unterschiedlichen politischen Programme der einzelnen Organisationen studieren, um nicht alle in einen Topf zu werfen.

Taoufik Ben Amara: Wenn in dieser Diskussion Worte wie ›Chaos‹ und ›Islamisten‹ fallen, möchte ich auch daran erinnern, dass die Medien, die ›vierte Gewalt‹ im Staat, manchmal zu einseitigen, plakativen Darstellungen neigen. »Traumhaft« sind dann die Strände oder die Pyramiden, »traumatisch« die Angst vor den Islamisten. Warum fürchtet man sich vor Leuten, die vielleicht nicht einmal 15% der Wählerstimmen bekommen werden, aber nicht vor der Rechten in Frankreich, die 18% Wähleranteil hat? Ich

glaube, dass diese Leute von der Bevölkerung weggefegt werden, weil sie die Gründe der Revolution infrage stellen. Sicher können die Kräfte der Reaktion zurückkehren, aber dies gilt nicht nur für die arabischen Länder. Alle Probleme jener Länder, die eine Revolution erlebt haben, werden nicht von heute auf morgen gelöst – erinnern wir uns an die Probleme der Osteuropäer oder Südamerikaner.

Ulrich Schneckener: Es ist deutlich geworden, dass der ›arabische Frühling‹ eine Region in den Blick rückt, in der zuallererst einmal Menschen leben, die sich politisch engagieren und organisieren, die Hoffnungen, Wünsche, Forderungen und Probleme haben. Wir sollten nicht davon ausgehen, dass es eine Region ist, in der in der Hauptsache eine Religion zu Hause ist, wie es in manchen islamfixierten Debatten den Anschein hat.

1 Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur 45 (1991), H. 4, S. 279-292.